

Stadt Klütz

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: SV Klütz/19/13668			
Federführend: Bauwesen	Status: öffentlich Datum: 31.07.2019 Verfasser: Dietrich			
Projekt "ganzheitliche touristische Entwicklung der Stadt Klütz" hier: Grundsatzbeschluss zur Beantragung von Fördermitteln				
Beratungsfolge:				
Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
Stadtvertretung Klütz Hauptausschuss der Stadt Klütz				

Sachverhalt:

Die Stadt Klütz gehört entsprechend den Festlegungen des Regionalen Raumentwicklungsprogramm Westmecklenburg (RREP WM) zum Tourismusschwerpunktraum „Westmecklenburgische Ostseeküste“. In dem Tourismusschwerpunktraum soll „*deren Eignung, Sicherung und Funktion für Tourismus und Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden*“ (siehe Pkt. 3.1.3 RREP WM).

Der Qualitätssicherung und deren Weiterentwicklung sind Fundamente, um den Tourismus in besonderem Maße als Wirtschaftsfaktor zu entwickeln. Die touristischen Angebote sollten gesichert, bedarfsgerecht erweitert und qualitativ verbessert werden.

Der Tourismus ist eng verbunden mit den vorherrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten.

Das Augenmerk liegt auf der Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Sicherung der infrastrukturellen Grundversorgung der Bevölkerung und der touristischen Entwicklung für die Gäste.

Noch offene Aufgaben, wie z. B. der Aufbau einer Tourist-Information, stehen für die Stadt an, die auch personelle Ressourcen voraussetzen.

Durch das Literaturhaus „Uwe Johnson“ ist die Stadt Klütz auch örtlich in der Lage, an einem exponierten Standort u.a. eine Tourist-Informationen zu installieren.

Weitere Aufgaben für die Förderung der ganzheitlichen Entwicklung der Stadt Klütz könnten sein:

- ✓ Ideensammlung für die tour. Infrastruktur
- ✓ Entwicklung einer modernen Kommunikation mit den vielfältigen Urlaubsangeboten
- ✓ Entwicklung von Veranstaltungsformaten
- ✓ Vernetzung von tour. Akteuren und
- ✓ Einbindung der Bevölkerung

Aufgrund der Vielzahl der Aufgaben bedarf es einer personellen Begleitung des Projektes über einen längeren Zeitraum.

Die Richtlinie zur Förderung von Strukturentwicklungsmaßnahmen eröffnet die Möglichkeit, Personalkosten gefördert zu bekommen. In Anlage befindet sich die entsprechende Richtlinie.

Bereits im Vorfeld gab es ein Gespräch sowohl mit dem Verband Mecklenburgische Ostseebäder e.V. (VMO) als auch mit dem Arbeitsministerium, um zu eruieren, ob eine Personalkostenförderung für dieses Projekt vorstellbar wäre. Beide Institutionen stehen dem Ansinnen positiv gegenüber.

zur Förderhöhe bzw. -bedingungen:

Zuwendungsfähig sind die Arbeitgeberbruttoausgaben.

Die Höhe der Förderung beträgt 70 % für ein Jahr, allerdings darf der Zuschuss einen Betrag von 25.000 EUR pro Vollbeschäftigten nicht überschreiten.

Bei Gewährung der maximalen Höhe des Zuschusses von 25.000 EUR dürfen somit die zuwendungsfähigen Arbeitgeberbruttoausgaben einen Betrag von 35.714,28 EUR nicht unterschreiten. Höher dürfen die Arbeitgeberbruttoausgaben selbstverständlich sein.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung der Stadt Klütz beschließt wie folgt:

1. Für das Projekt „ganzheitliche touristische Entwicklung der Stadt Klütz“ wird ein Zuschuss gemäß der Richtlinie zur Förderung von Strukturentwicklungsmaßnahmen (Personalkostenzuschuss) für 2 Jahre für eine Vollzeitstelle beantragt.
2. Die Stadt Klütz ist Antragsteller des Projektes.
3. Der Eigenanteil wird aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Ausgaben können noch nicht beziffert werden.

Die Einnahmen würden maximal 25.000 EUR p.a. betragen.

Anlagen:

Richtlinie zur Förderung von Strukturentwicklungsmaßnahmen

Richtlinie zur Förderung von Strukturentwicklungsmaßnahmen

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales

Vom 13. Juli 2015 – IX 530 - 412-27403-2014/093 –

VV Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 630 - 296

Das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales erlässt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Anhörung des Landesrechnungshofes folgende Verwaltungsvorschrift:

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Das Land Mecklenburg-Vorpommern gewährt mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds (ESF) nach Maßgabe

- a) der einschlägigen Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates
 - der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320),
 - der Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470) und
 - der hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen und Delegierten Verordnungen sowie
- b) des von der Europäischen Kommission am 23. Oktober 2014 genehmigten Operationellen Programms ESF Mecklenburg-Vorpommern 2014 – 2020 (CCI-Code 2014DE05SFOP009),
- c) dieser Verwaltungsvorschrift,
- d) des § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern und der dazugehörigen Verwaltungsvorschriften

Zuwendungen für Maßnahmen, die geeignet sind, die Erbringung von strukturentwickelnden Dienstleistungen im Umfeld der Unternehmen zu unterstützen und damit Struktureffekte zu erzielen.

1.2 Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Strukturentwicklungsmaßnahmen, die auf die Stärkung der Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausgerichtet sind.

3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sein.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Die Förderung von regionalen Strukturentwicklungsmaßnahmen setzt ein positives Votum des zuständigen Regionalbeirates voraus.
- 4.2 Die Förderung von überregionalen Projekten setzt eine Entscheidung des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales voraus.

5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

- 5.1 Die Zuwendungen werden im Rahmen der Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses in Höhe von bis zu 70 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gewährt. Zuwendungsfähig sind Arbeitgeberbruttoausgaben für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis mit tariflicher oder ortsbüchlicher Bezahlung für die Dauer eines Jahres. Der Zuschuss darf 25 000 Euro pro Vollzeitbeschäftigten und Beschäftigungsjahr nicht überschreiten. Bei einer Teilzeittätigkeit reduziert sich die Zuwendung anteilig.
- 5.2 Bei regionalen Projekten kann nach einem erneuten positiven Votum des zuständigen Regionalbeirates eine Förderung für ein weiteres Jahr erfolgen. Über ein zweites Förderjahr bei überregionalen Projekten entscheidet das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Die Grundlage dafür bildet in beiden Fällen ein vom Träger neu zu erstellendes Konzept, welches die neuen Projektziele definiert, Handlungserfordernisse beschreibt sowie Aussagen zur Nachhaltigkeit trifft. Zudem sind die erreichten Ergebnisse des angestrebten bisherigen Projektziels im bisherigen Förderzeitraum darzustellen.

6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 Der Zuwendungsempfänger ist durch den Zuwendungsbescheid dazu zu verpflichten, dem Ministerium für Arbeit,

Gleichstellung und Soziales oder einem von diesem beauftragten Institut auch außerhalb der Verwendungsnachweisprüfung im Rahmen des Begleitsystems für den Europäischen Sozialfonds sowie im Rahmen von Forschungs- und Begleitprojekten Auskünfte zu erteilen, die für die Beurteilung des Erfolgs der Förderung und die Beantwortung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen erforderlich sind.

- 6.2 Die gewährten Mittel sind subsidiäre Hilfen. Sie sind daher nicht vorgesehen, andere öffentliche Finanzierungshilfen zu ersetzen.
- 6.3 In dem Zuwendungsbescheid ist eine Nebenbestimmung des Inhaltes auszubringen, dass die Zuwendung unter der auflösenden Bedingung bewilligt wird, dass die natürlichen Personen, denen die Zuwendung letztlich zu Gute kommt, in die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingewilligt haben und dass die Einwilligungserklärungen der Bewilligungsbehörde mit der ersten Zahlungsanforderung vorzulegen sind.

7 Verfahren

7.1 Antragsverfahren

Zuwendungen werden auf schriftlichen Antrag gewährt. Regionale Projektanträge sind über die Geschäftsstelle des zuständigen Regionalbeirates im Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales an das Landesamt für Gesundheit und Soziales zu richten. Der Antragsteller hat Aussagen zur erforderlichen und vorhandenen Qualifikation der Projektmitarbeiterin/des Projektmitarbeiters zu treffen. Dem zuständigen Regionalbeirat sind qualitative und fachliche Stellungnahmen vorzulegen, die Rückschlüsse auf eine Nachhaltigkeit der beabsichtigten Strukturentwicklungsmaßnahmen zulassen. Überregionale Projektanträge sind über das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales an das Landesamt für Gesundheit und Soziales zu richten.

7.2 Bewilligungsverfahren

Die Bewilligung der Zuwendungen für regionale und überregionale Projekte erfolgt durch schriftlichen Bescheid des Landesamtes für Gesundheit und Soziales.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

Durch den Zuwendungsbescheid ist zu bestimmen, dass abweichend von Nummer 1.4 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder Nummer 1.3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K)

- a) der Zuwendungsempfänger vor der erstmaligen Mittelauszahlung rechtsverbindliche Arbeitsverträge vorzulegen und seinen für die gesamte Projektlaufzeit feststehenden Auszahlungstag zu benennen hat,
- b) die automatisierte Auszahlung der Mittel grundsätzlich monatlich erfolgt, und zwar eine Woche vor dem Tag, an dem der Träger seinerseits das Gehalt an die Projektmitarbeiterin/den Projektmitarbeiter auszahlt,
- c) zum Nachweis der Verausgabung der ausgezahlten Mittel jeweils zum Ablauf einer sechsmonatigen Projektlaufzeit eine Ausgabenerklärung über die geleisteten Gesamtausgaben bei der Bewilligungsbehörde abzugeben ist und
- d) zu diesen Terminen darüber hinaus der Bewilligungsbehörde ein Zwischenbericht einzureichen ist.

7.4 Verwendungsnachweisverfahren

Durch den Zuwendungsbescheid ist zu bestimmen, dass die dem Verwendungszweck entsprechende Verwendung der Zuwendung abweichend von Nummer 6.1 der ANBest-P oder Nummer 6.1 der ANBest-K innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes oder bei einer vorzeitigen Beendigung der Maßnahme unverzüglich der Bewilligungsbehörde mit dem Formblatt Verwendungsnachweis nachzuweisen ist.

7.5 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Erstattung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern, soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift Abweichungen zugelassen sind, und das Landesverwaltungsverfahrensgesetz.

8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft und am 31. Dezember 2023 außer Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift tritt die Richtlinie zur Förderung von Strukturentwicklungsmaßnahmen vom 5. September 2008 (AmtsBl. M-V S. 948) außer Kraft.

AmtsBl. M-V 2015 S. 489